

Pläne für Tegeler Hafen **2**

Aber bleibt er zugänglich für alle?

Das war erst der Anfang **3**

Berichte von einer Demonstration

Gerecht geht anders

Armutszeugnis: Agenda 2010 verschärft Kinderarmut

Die geplanten Leistungskürzungen durch die Agenda 2010 werden nach Studien des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Kinderschutzbundes die Armut in Deutschland massiv verschärfen. Die Organisationen warnen vor „dramatischen Folgen des Sozialabbaus für Kinder. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werde jedes zehnte Kind unter die Armutsgrenze fallen. Die Agenda

2010 ist der massivste sozialpolitische Einschnitt seit Bestehen der Bundesrepublik. Es ist faktisch ein sozialpolitischer Kahlschlag für einen bestimmten Personenkreis.“

Jedes zehnte Kind, so eine Studie der Verbände, wird arm sein. 1,5 Millionen Jungen und Mädchen - statt bisher eine Million - müssen dann auf Sozialhilfeniveau leben. Aber die SPD-Fraktion weist die Kritik zurück. Klaus Brandner, wirt-

schafts- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher SPD-Fraktion: „Es gibt bei der Wachstumsschwäche nicht einfach nur mehr zu verteilen, sondern wir müssen von den passiven Aktivitäten, also von den reinen Unterstützungsleistungen, mehr weg zu den aktiven Maßnahmen.“

Aber sie verteilen doch. Was anders waren denn Steuerbefreiung der Großindustrie, Steuergeschenke an die Reichen, Wegfall der Vermögenssteuer? Sie verteilen um - von unten nach oben.

Die (Kinder-)Armut in der Bundesrepublik als Folge der neoliberalen Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche hat ihr Gegenstück. Das ist der in wenigen Händen konzentrierte immer größere Reichtum. In einem wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik ist Kinderarmut ein Armutszeugnis für die Sozialpolitik. Besonders (allein erziehende) Frauen gehören zu den Hauptleidtragenden fast aller Leistungskürzungen in den Hartz-Gesetzen, in Bundeskanzler Gerhard Schröders Agenda 2010 und den Konzepten der Rürup-Kommission. Das dürfte das Problem der Kinderarmut noch verschärfen.

Gebraucht wird eine integrale Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik, die Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen einschließt. Nötig wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um damit Präventionsprogramme zu finanzieren.

Renate Herranen

Allen unseren Lesern und Freunden frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr! Trotz allem.



Bei Kindern sieht das doch ganz putzig aus...

Tegeler Hafen als „Brücke in die Welt“

Seebad Tegel: Offen für alle?

Um es vorweg zu nehmen: Im Bezirksamt wird gearbeitet, macht man/frau sich Gedanken und plant weitreichend in die Zukunft. Das Projekt, den Tegeler Hafen und die Promenade um- und auszubauen, ist eine gute Idee und kann dazu beitragen, die Wohnqualität in Reinickendorf deutlich zu erhöhen.

Ob die Konzentration auf Investitionen im Bereich Tourismus der richtige Weg ist, darüber mag es unterschiedliche Ansichten geben. Es ist sicherlich eine Frage der Dosierung und der Umsetzung einer vernünftigen und realistischen Planung. Größenwahn wird oft hart bestraft und ob der Tegeler Hafen wirklich ein Tor in die (Wasser)-Welt werden kann, muss die Zukunft zeigen.

Die Präsentation der Pläne des Bezirksamtes hat zumindest der Bezirksbürgermeisterin Wanjura (CDU) offensichtlich große Freude bereitet, sie liebt diese Auftritte. Als Antwort auf eine große Anfrage der SPD zu den Hafen-Planungen wurden den Bezirksverordneten erste Vorstellungen an einer eigens dafür bereit gestellten Schautafel aufbereitet. Natürlich gibt es offene Fra-

gen: die Verkehrsanbindung, Lärm- und Anwohnerschutz, welche Investoren kommen in Frage, welche Nutzergemeinschaft soll angesprochen werden, kostenloser Zugang – die Liste ließe sich fortsetzen. Der letzte Punkt wird natürlich über die Qualität des Großprojektes Auskunft geben.

Wird das Areal weiterhin öffentlich zugänglich bleiben oder werden Teile der neuen Anlagen und Einrichtungen wegen hoher Eintrittspreise nur einer zahlungsfähigen Minderheit vorbehalten? Will Frau Wanjura eine bürgernahe Planung in die Investitionsgespräche einfließen lassen oder werden, wie so oft, Profite versprochen, die nur über hohe Preise und elitäre Angebote realisiert werden können - und wohl auch sollen?

Eine frühzeitige Einbindung und Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit ist Voraussetzung für eine Umsetzung der Planung, die allen Reinickendorfer Bürgern gerecht wird – auch denen, die nicht in den Villenvierteln des Bezirks wohnen. Ich hoffe, auch dafür macht sich Frau Wanjura stark

Jürgen Schlimrock

Kröte aus der Wundertüte

Petra Pau im Bundestag über Reinickendorfer Erfahrung

Bei ihrer Begründung dafür, dass die beiden PDS-Abgeordneten im Deutschen Bundestage auch gegen die Hartzgesetze II und IV stimmen, erklärte Petra Pau am 17. Oktober unter anderem: „In Berlin Reinickendorf gibt es ein namhaftes Unternehmen. Es entließ Spezialisten, weil es an Aufträgen mangelte. Nun werden dieselben wieder unter Vertrag genommen. Nicht als Mitarbeiter, sondern als Ich-AG zum halben Lohn. Der rot-grünen Wundertüte entschlüpft eine Abbau-Kröte - zur Freude der FDP, zum Schaden für die Betroffenen.“

WiR bleibt dran:

Sichere Namslaustraße?

Das Bezirksamt wird sich bei der Straßenbehörde nach dem Unfall in der Namslaustraße Ende August („WiR“ 10/2003) nicht noch einmal für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen vor der dortigen Schule und den Kitas einsetzen. Jeder be-

troffene Bürger könne sich selbst an das Landespolizeiverwaltungsamt wenden. Die Frage von Renate Herranen, wie das Bezirksamt auf die wachsenden Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner und der Eltern um die Sicherheit ihrer Kinder reagieren wolle, blieb Bezirksstadtrat Dr. Wegner (CDU) in seiner Antwort schuldig (vgl. Mitteilung des BV- Vorstehers Nr. 203 vom 4.11.2003 zur KA 185/ XVII).

21. Sitzung, 22.10.2003

Die BVV debattierte eine Große Anfrage (GA) der SPD- Fraktion zu **Planungen am Tegeler See** (nebenstehend). Anforderungen an künftige Planungen für das Gelände zwischen Greenwichpromenade, Sechser-Brücke und Tegeler Hafen werden in sechs Ausschüssen weiter beraten. Eine GA von Renate Herranen zu den **Auswirkungen der sog. Gesundheitsreform** in Reinickendorf wurde auf Bitte der Bürgermeisterin zurückgestellt, bis weitere Details vorliegen.

Ein Antrag der Einzelverordneten zur **Umsetzung des Tarifvertrages in den Kitas** fand mit der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses die Zustimmung der BVV. Ihr Ersuchen zu den **Arbeitszeitguthaben der MitarbeiterInnen des Bezirksamtes**, die durch den Tarifvertrag entstehen, wurde an den Verwaltungsausschuss überwiesen.

Mit einem Änderungsantrag, der eine Mehrheit fand, kippte Renate Herranen eine wiederholte politische CDU- Schaunummer zum **Umgang mit Cannabis** (S.4).

Renate Herranens mündliche Anfrage zum **Leporello der Initiative Reinickendorf e.V.** (WiR 09/2003) beantwortete Frau Wanjura, man habe wohl lediglich in die falsche Kiste gegriffen.

Außerdem ging es um **Krieg und Frieden** - einen Wettbewerb für Reinickendorfer Schulen, zu dem die CDU Jugendoffiziere der Bundeswehr hinzuziehen möchte. Warum eigentlich nicht auch Kirchengemeinden und andere Friedensinitiativen im Bezirk?

22. Sitzung, 12.11.2003

Die BVV hatte Besuch: eine Klasse des Reinickendorfer Friedrich-Engels-Gymnasiums erlebte politische Schaukämpfe der großen „Volksparteien“.

Eine dringliche GA der CDU- Fraktion gab Bürgermeisterin Marlies Wanjura - sie ist auch stellv. CDU-Landesvorsitzende - und Stadtrat Dr. Wegner (CDU) die Gelegenheit, das Urteil des Berliner Verfassungsgerichtes zum Berliner Haushalt mit zum Teil unwürdigen Beschimpfungen des rot-roten Senats zu interpretieren. Stadtrat Dr. Gaudszun (SPD) erinnerte daran, dass CDU und SPD, damals noch als große Koalition, gemeinsam die Verantwortung für den Finanznotstand Berlins tragen.

„Das war erst der Anfang“

WiR unter 100 000: Eindrücke von der Demonstration am 1. November gegen den Sozialkahltschlag

20 000 hatten die Organisatoren erhofft, 100 000 kamen. So tief sitzen Zorn und Frust über die Agenda 2010.

Es findet eine neue Spaltung der Gesellschaft statt. Es wird sortiert in (noch) Benötigte und in Überflüssige. Das hat seinen Hintergrund. In den 25 Jahren von 1971 bis 1996 hat sich in den entwickelten Industrieländern der Arbeitsvolumenbedarf um ein Fünftel verringert. Trotzdem wurden mehr Güter und Leistungen erzeugt als je zuvor. Das beschleunigt sich noch. Und nun beginnen Kapital und Staat, sich von der Verantwortung für die Überflüssigen zu befreien.

Es ist aber keiner überflüssig! Deshalb: Das war erst der Anfang.



Fragen, die ich leider nicht stellen konnte

Auch ich war einer von 100 000 Menschen, die am 1. November auf die Straße gingen, um der rot-grünen Bundesregierung zu zeigen: Wir haben genug von dieser so genannten Reformpolitik.

Als einen von vielen entdeckte ich unter den Demonstranten auch den Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft der Welt, den ver.di-Chef Frank Bsirske. Ich wollte die Gelegenheit nutzen und ihn fragen, warum er denn seine Meinung vom März diesen Jahres geändert hätte, als er dem Kanzler noch „Verrat“ und „blanken Sozialabbau“ vorwarf? Warum er jetzt zwar noch von „unsozialer Reformpolitik“ redet und gleichzeitig erklärt, es gäbe für beide Seiten keine Alternative zum Dialog, denn sonst schwächten sich die Akteure gegenseitig? Warum ver.di und die IG Metall nicht auch mit aufgerufen haben zu dieser Demonstration? Offensichtlich legt doch die Regierung keinen Wert auf Dialog, sondern nur auf Unterordnung. Da müssen erst mal wieder

Aber plötzlich war der ver.di-Chef nicht mehr zu sehen. Ach ja, fiel mir da ein, er wird bestimmt schon auf dem Weg zum Bundeskanzler sein, zum vereinbarten persönlichen Gespräch.

Klaus Rathmann

Zulauf vom Straßenrand

Es war richtig zu sehen: Beim Zug durch die Tor- und die Friedrichstraße wurden wir immer mehr. Sehr viele reihten sich spontan ein, um ihren Unmut gegenüber der rot-grünen Politik zum Ausdruck zu bringen. Auf dem Gendarmenmarkt endete die Demonstration mit einer Teilnehmerzahl von 100 000 Menschen. Eigentlich nicht einmal eine Überraschung.

Olaf Schwabe

Die neue Einheitspartei

Was den Sozialabbau betrifft, sind im Bundestag Rosarot, Schwarz, Grün und Gelb einer Meinung. Im Demonstrationszug wurde gelästert: Die Einheitspartei Deutschlands ist wieder da. Zwar weder sozial noch sozialistisch, sondern neoliberal, nicht SED sondern NED. Aber die eine genau so wenig offen für Mitsprache von unten wie die andere.

Jochen Eser

Schon gewusst? Vor 25 Jahren war der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtsteueraufkommen mit 30 Prozent etwa genau so groß wie der Anteil der Gewinnsteuern. Heute sind es 35 Prozent Lohnsteuern, aber nur 15 Prozent Gewinnsteuern.

Weine nicht, wenn der Kanzler fällt

Die meiste Zeit bin ich mit einer Gruppe Attacies mit gelaufen: ein fröhliches und witziges Volk. Sie sangen ein Lied, das 1998 öfter gesungen wurde: Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unser Widerstand nicht. Das Lied fängt so an: *Weine nicht, wenn der Kanzler fällt...*

1998 gab es ein breites Aktionsbündnis von Gewerkschaften, Arbeitslosenverbänden, Kirchen und Bürgerinitiativen „Aufstehen für eine andere Politik“. Es war erfolgreich und beendete die Ära Kohl. Aber man machte einen Fehler: es löste sich auf, als der neue Kanzler sagte: „Ich mach das schon, geht ihr man nach Haus.“

Die neue Politik wurde bald die alte. Sie nimmt von denen, die wenig haben, und gibt denen, die viel haben. Bloß unverschämter. Vermutlich wird bei den nächsten Wahlen wieder ein Kanzler fallen.

Und dann? Zurück zur CDU? Das nennt man, den Teufel mit Belzebub austreiben.

Wenn der Widerstand gegen die Agenda 2010 zu einer Bewegung werden und den alten Fehler nicht wiederholen soll, wird er wohl auch ein eigenes Wahlbündnis bilden müssen.

Damit die Alternative bleibt.

Hans Schuster

Mein Nikolaus

Momentan meide ich Markthalen. Die abgespulten Weisen zur Heiligen Nacht erinnern mich an eine unglaubliche Begegnung mit dem Nikolaus, der ja eigentlich immer heimlich kommt.

Im letzten Jahr hab ich ihn erwischt, weil mich ein Schuß im Fernsehen weckte. Ich rieb die Augen und sah: durch die leise geöffnete Wohnungstür schlüpfte ein bartloser Gnom in einem weiten Zauberermantel. Seine Augen leuchteten wie Lampen in die Ecke mit den Kinderschuh. Er füllte sie mit aus der Luft gegriffenen Pfefferkuchen, warf einen mürrischen Blick auf die schmalen Wunschzettel und ließ sie irgendwo verschwinden. Das war kein Einbrecher. Aber ein Nikolaus, verkleidet als Harry Potter? Ich räusperte mich. Er fuhr zusammen: „Scheiße! Warum stehen die Schuhe nicht draußen vor der Tür, wie es der Brauch verlangt? Und wo ist dein Wunschzettel?“

Mir war nichts eingefallen, was wünschenswert und erschwinglich zugleich gewesen wäre. Da verwandelte sich sein Gesicht in eine glühende Kohle. „Mensch! Unsere Werkstätten erwarten, dass ich Aufträge bringe. Und so einer begnügt sich, weil die Kühlschränke voll sind, die Klamotten noch nicht abgetragen. Was schluckt der Recorder? Veraltete Kassetten... Und wo ist das Handy mit Bild?“ „Das ist,“ sagte ich, „doch mehr was für kleine Mädchen.“ Er ließ sich nieder, auf einer Fußbank. „Leider. Alles Kleckerkram. Und alles jagt Schnäppchen. Selbst die mit den gefüllten Konten. Was sie demnächst an Steuern sparen, legen sie noch an. Oder stecken es in die private Vorsorge, statt sich ein Beispiel zu nehmen an den Freunden hinterm Teich. Da wird geschenkt!“

Eine Weihnachts-
erzählung
von Reiner Rauch

„Auf Pump!“ „Na und? Die deutschen Wirtschaftswunderwagen liefen doch massenhaft nicht auf Rädern, sondern auf Wechseln, zum neuen Häusli und in die Supermärkte vor der Stadt. Und? Der Käfer hat eure Welt verändert, mehr als alle Krieger und Revolutionäre. So was wird wieder gebraucht, eine Idee, die die Massen ergreift.“ Das erinnerte mich an Schrapprapp, Spitzname eines Bühnenhandwerkers, der damals heimlich und in alten Schuppen an seinem Muster baute. Mit ausrangierten Auto- und Flugzeugteilen. Besessen von einem Traum: dem Volkshubschrauber. Mein Zwerg wurde blass. „Das ist die Idee. Wie heißt der Mensch wirklich?“ „Der lebt nicht mehr.“ „Schade. Wird nicht leicht sein, einen zu finden, der in seine Fußstapfen tritt. Aber angepaßt an die neuen Verhältnisse. Das „Volk“ ist out. Jetzt bräuchte man gleich differenzierte Modelle für alle Steuerklassen. Aber, heiliger Guido, das bringt den Ruck! Heftige Wünsche. Wachstum im Inland, Mittel für die Bildung, weniger Fehler auf den Zetteln, mehr Arbeit für uns. Selbst für den Bau. Die Straßen werden veröden, und Luftlöcher muss man nicht stopfen. Aber unser Fluggerät für jedermann braucht Start- und Landeplätze. Zunächst natürlich einen Mann, der die Geldgeber ansteckt mit seinem Feuer. Du bist es nicht!“ Er schlüpfte hinaus.

Ich hatte ihn vergessen. Jetzt im Advent rückt er mir wieder auf die Pelle und erinnert mich: ich hab noch immer einen Marschallstab im Tornister. Leider nicht das Zeug zu einem der größten Deutschen. Das tut weh.

Und was sage ich ihm, wenn er wieder die Bescheidenheit meiner Wünsche bemängelt?

Am Rande

Beschlossen mit Änderung

Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung kann sich rühmen, einem neuen Umgang mit Cannabis in unserem Bezirk eine Bresche geschlagen zu haben. Sie brachte nämlich in der BVV den Antrag ein, das Bezirksamt möge sich dafür einsetzen, dass in Berlin keine Versuche mit kontrollierter legaler Cannabis-Abgabe durchgeführt würden, und wenn doch, dann nicht in Reinickendorf.

Aber das sei doch überhaupt nichts Neues? Und das Cannabis-Verbot bringe doch nichts, weil in Berlin mehr Gras geraucht werde denn je, und leider auch noch von immer jüngeren Leuten?

Das Neue kommt ja noch. Als nämlich in der BVV die Diskussion sich auf das schönste entwickelt hatte und Vertagung drohte, brachte die Einzelverordnete Renate Herranen (parteilos, früher PDS) einen Änderungsantrag ein: Das Bezirksamt möge doch dem Antrag der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin zum Umgang mit Cannabis Unterstützung geben. Darauf einigte man sich sehr schnell, und der CDU-Antrag ging mit Änderung glatt durch.

Allerdings: In dem FDP-Papier wird u.a. auch eine legale Cannabis-Abgabe unter Beachtung des Jugendschutzgesetzes vorgeschlagen, weil das wohl der einzige Weg sei, die Kiffer von ihren Dealern zu lösen.

Ehre, wem Ehre gebührt. Im Beschlussprotokoll der BVV steht: Keine freie Abgabe von Cannabis. Beschlossen mit Änderung. Initiator CDU-Fraktion.

Jochen Eser

Termine

1. Tagung des 9. Landesparteitages der Berliner PDS am 6./7. Dezember; Beginn jeweils um 10.00 Uhr im Hotel Maritim proArte, am S- und U-Bahnhof Friedrichstraße. **Schwerpunkte:** Aufgaben der Berliner PDS im Wahljahr 2004, Parteireform, Neuwahl des Landesvorstandes.

Besinnliches Beisammensein zum **Jahresabschluss der PDS Reinickendorf** am Samstag, dem 13. Dezember, um 14.00 Uhr im „Roten Laden“.

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de